

Die Russen kommen

Der Nachrichtendienst des Bundes zeichnet ein düsteres Bild der Weltlage. Russland sieht er als Feind der Schweiz – und US-Präsident Donald Trump als Gefahr für eine stabile Ordnung. Wirklich?

Philipp Gut



Fast wie einst im Kalten Krieg: Verteidigungsminister Pfister bei einem Truppenbesuch.

Das Bild, das der neue Lagebericht «Sicherheit Schweiz» des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) von der Welt und der Bedrohung der Eidgenossenschaft zeichnet, ist dramatisch. Bundesrat Martin Pfister setzt im Editorial den Ton: Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine habe sich «das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz drastisch verschlechtert». Diese Entwicklung sei kein vorübergehendes Phänomen, sondern ein «anhaltender Trend», der die Schweiz vor sicherheitspolitische, politische und gesellschaftliche Herausforderungen stelle. Der Ernst der Lage werde «breit anerkannt». In ganz Europa wie auch in der Schweiz würden «Massnahmen zur eigenen Sicherheit wieder in den Fokus der politischen Agenda gerückt – und zwar schnell und massiv».

Der Nachrichtendienst selbst warnt vor einem «Albtraumszenario» für Europa und

macht zwischen den USA auf der einen und China und Russland auf der anderen Seite «Konturen einer globalen Konfrontation» aus. Dabei werde es schwieriger, sicher-

Den spektakulärsten Sabotageakt erwähnt der NDB mit keinem Wort: den Anschlag auf Nord Stream 2.

heitspolitische Herausforderungen mit kooperativen Ansätzen zu lösen. Das in Bewegung geratene Umfeld könnte der Schweiz «künftig weniger Schutz bieten», befürchtet der NDB.

Nach Jahren einer eher diffusen Bedrohungslage scheint der Nachrichtendienst nun wieder einen klaren Hauptfeind gefunden zu haben: Russland. Zwar geht es im Bericht auch um Themen wie Terrorismus oder ge-

walttätigen Extremismus, aber in Umfang und Schärfe der Ausführungen rückt Moskau fast wieder an jene dominierende Stelle, die es in Zeiten des Kalten Kriegs innehatte. Ebenfalls auffallend kritisch wird US-Präsident Donald Trump beäugt.

Wir wagen die Gegenthese: Zugegeben, die Situation ist unübersichtlich und extrem dynamisch. Doch ein Einstimmen der Schweiz in den teilweise hysterisch anmutenden Chor der Untergangspropheten und Kriegstreiber wäre kaum förderlich. Vielleicht öffnen sich ja auch neue Chancen und Möglichkeiten – mit ganz anderen Schlüssen, als sie der Nachrichtendienst im Einklang mit dem Brüssel-treuen Kurs von Verteidigungsdepartement und Bundesrat zieht, die Rettung und Heil in einem noch viel engeren Zusammenschluss mit der Nato und dem EU-Militärblock suchen.

Russland: «Schattenkriege in Europa» —

Nach eigener Überzeugung könne Russland seinen Krieg gegen die Ukraine 2025 in gleicher Intensität weiterführen, hält der Bericht fest. Präsident Wladimir Putin sei entschlossen, die Ukraine «fest in den russischen Herrschaftsbereich zu integrieren». Das Grundszenario bleibe die Fortsetzung des Kriegs. Ein Friedensabkommen bleibe in diesem Jahr unwahrscheinlich, und es bestehe kein militärischer Druck für Moskau, sich auf eine Waffenruhe oder Friedensverhandlungen einzulassen.

Dabei ziele Russland über die Ukraine hinaus «auf die Wiedererlangung seines vormaligen Status als imperiale Grossmacht». Gegenüber EU- und Nato-Staaten habe es seine hybride Konfliktführung «eskaliert» und 2024 insbesondere Sabotageaktivitäten intensiviert. Es nehme dabei «Kollateralschäden und zivile Opfer bewusst in Kauf». Ein Beispiel für die «tiefere Hemmschwelle» seien per Luftfracht verschickte Brandsätze, welche die zivile Luftfahrt bedrohten.

Zentral bei der hybriden Konfliktführung sei es, «bewusst möglichst lange unterhalb der

Schwelle zum bewaffneten Konflikt Ambiguitäten und Unsicherheiten zu schaffen». Trotzdem bringe Russlands «Schattenkrieg in Europa» erhebliche Eskalationsrisiken mit sich, darunter auch ein Übergreifen auf eine weitere Operationssphäre wie etwa den Weltraum. Star Wars über dem helvetischen Luftraum?

Der Nachrichtendienst des Bundes sieht jedenfalls auch die Eidgenossenschaft und ihre kritische Infrastruktur als mögliches russisches Angriffsziel, um entweder ihr «direkt» oder indirekt ihren «europäischen Nachbarn als Nato- oder EU-Mitgliedern zu schaden». Was das konkret heisst, sagt der NDB nicht. Befürchtet er eine Sprengung des Gotthardtunnels, um den europäischen Transitverkehr

Oberlehrerhaft notiert der NDB: «Die amerikanische Politik ist insgesamt noch wenig ausgereift.»

lahmzulegen? Oder einen Angriff auf unsere Stauseen, die der Stabilität des europäischen Stromnetzes dienen? Oder hat er vielleicht gar Hinweise darauf, dass Zürich-Kloten als Heimathafen der Lufthansa-Tochter Swiss ausgeknipst werden soll?

Das schiene doch etwas weit hergeholt. Bemerkenswert ist allerdings die stillschweigend implizierte Annahme des Dienstes, dass die Schweiz insofern bereits Glied der EU-Nato-Kette sei, als man diese treffen könne, indem man jene schlage.

Statt sich noch mehr mit einer Seite zu identifizieren und sich ihr noch weiter anzunähern, wäre ja auch eine gegenteilige Strategie vorstellbar: Warum stärkt die Schweiz nicht ihre Unabhängigkeit und Neutralität, damit Kriegsparteien und potenzielle Angreifer gar nicht erst auf die Idee kommen, sie als unfreundlichen, feindlichen Staat zu betrachten? Könnte es nicht gerade umgekehrt sein, als es Bundesbern uns glauben macht: Was, wenn die EU- und Nato-Anbindung gar keinen zusätzlichen Schutz bietet, sondern die Schweiz vielmehr einer Gefahr aussetzt, die so sonst gar nicht bestünde?

Und noch etwas fällt auf. Der NDB spricht zwar mehrfach von der Spionage- und Sabotagetätigkeit, die von Moskau ausgehe, den grössten und spektakulärsten Sabotageakt der vergangenen Jahre aber erwähnt er mit keinem Wort: den Anschlag auf die Gaspipeline Nord Stream 2, deren Betreibergesellschaft immerhin in der Schweiz sitzt. Könnte dies damit zusammenhängen, dass die Attacke von befreundeten «Partnerdiensten» durchgeführt wurde?

Ungefiltert die Brüsseler Sicht widerspiegelt weiter die Feststellung auf Seite 20 des Berichts, dass Russland versuche, «Wahlen in europäischen Staaten zu beeinträchtigen», darunter in Moldawien, Georgien oder Rumänien. Gegen-

frage: Hat sich nicht auch die EU in diese Wahlen eingemischt? Hat sie nicht reklamiert und interveniert, als ihr nicht genehme Kandidaten antraten und gewannen? Und warum macht sich der Nachrichtendienst diese offenkundig voreingenommene Optik zu eigen?

USA: «Verunsicherung und Unsicherheit» —

In Bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika, die noch immer mit Abstand stärkste Militärmacht der Welt, die kürzlich mit den Bunkerbrecherbomben auf iranische Atomanlagen wieder einmal ihre Überlegenheit demonstriert haben, notiert der Nachrichtendienst in oberlehrerhaft anmutender Manier: «Die amerikanische Politik ist insgesamt noch wenig ausgereift und bleibt widersprüchlich.» Eine «umsetzbare Grand Strategy» sei nicht erkennbar.

Schlecht weg kommt insbesondere Präsident Trump. Seine Rückkehr ins Weisse Haus erhöhe «die Unvorhersehbarkeit der amerikanischen Politik – auch im Bereich der Aussen- und Sicherheitspolitik». Die USA blieben zwar global die führende Macht, seien jedoch mit «innenpolitischer Instabilität konfrontiert». Das akademisch klingende Fazit lautet, Trumps «selektive, transaktionale und häufig unilaterale Politik» verschärfe die «globale Verunsicherung und Unsicherheit».

Auch dies könnte man mit guten Gründen anders sehen. Natürlich bringt Trumps unkonventionelles, disruptives Vorgehen gewisse Überraschungen und Unwägbarkeiten mit sich. Dennoch setzt er in vielen Bereichen nur um, was er im Wahlkampf versprochen hat. Andere Regierungspolitiker, auch in Europa, sind da weniger konsequent. Und während eine ganze Reihe von US-Präsidenten vor ihm – samt Friedensnobelpreisträger Barack Obama – in aller Welt Kriege anzettelten, zeigt er zumindest den glaubhaften Willen, bewaffnete Konflikte am Verhandlungstisch zu lösen und durch eine auf Handel und wirtschaftliche Prosperität gegründete Friedensordnung zu ersetzen, wie er das etwa in seiner Rede im saudi-arabischen Riad formuliert hat. Das passt aber offenbar nicht in das politische Raster, mit dem der Bundesnachrichtendienst die Lage büschelt.



Denkmal für Boris Becker



Adoptivkind einer Nation: Becker, 1985.

Sein Leben war die Becker-Rolle. Ein im Hechtsprung geschlagener Volley. Was folgte, war ein harter Aufprall, ein selbstzerstörerischer Akt, wofür die Fans ihn liebten. Sein Aufstehen vom heiligen Rasen. Die «Becker-Faust». Und den nächsten Hechtsprung vorbereiten. Das war «Boom Boom Becker», der leidenschaftlichste Geist, der je einen Centre-Court dominiert hatte.

Es ist heute schwer, zu vermitteln, was in Deutschland los war, nach jenem 7. Juli 1985 von Wimbledon. So etwas hat es nie mehr gegeben. Es herrschte die totale kollektive Begeisterung, die emotionale Inbesitznahme eines jungen Menschen durch sechzig Millionen. «Bobebe» wurde Adoptivkind einer ganzen Nation. Und er hasste diese Zuneigung, die ihm das Hirn verdrehte.

In England war alles einfacher. Noch heute verbeugen sie sich dort vor dem kaputten Deutschen, der nach Wimbledon humpelt. Dem anerkannten TV-Experten, Trainer des Weltranglisten-Ersten Novak Djokovic. Das Comeback-Kid, das es sich nicht nehmen lässt, seinen Leidenschaften zu folgen und die Vernunft auszuschalten. Weil er eben kein Deutscher sein wollte.

Ein *drama king*, dem wir Worte wie «Sex in der Besenkammer» verdanken. Seine Ex-Frau Barbara hat es mir mal anvertraut: Boris wollte ein Mann von Welt sein. Das haben ihm viele Leute in der Heimat übelgenommen. Sie haben gelacht, gespuckt, als er mal wieder eine «Becker-Rolle» versuchte. Und liegen blieb. Steuerhinterziehung. Investitionen in nigerianische Ölquellen. Knast. Rehabilitation verboten!

Aber ein Typ wie Becker steht immer auf. Viel zu smart, um nicht zu verstehen, was die Menschheit an ihm hat. Naiv genug, sich immer wieder fürchterlich zu verfahren. Ein Mensch eben. Ein Denkmal von Mensch.

Tom Kummer